

Zeitschrift: Horizonte : Schweizer Forschungsmagazin
Herausgeber: Schweizerischer Nationalfonds zur Förderung der Wissenschaftlichen Forschung
Band: - (1998)
Heft: 36

Artikel: Schweizer Wahlen : wer wählt wen?
Autor: Saladin, Gregor
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-967712>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 11.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Schweizer Wahlen:

Wer wählt wen?

Die Schweizer Wählerin, der Schweizer Wähler waren bisher für die Politologen ein ziemlich unbekanntes Wesen. Ein soeben abgeschlossenes Forschungsprojekt über die Nationalratswahlen von 1995 bringt nun erstmals Licht ins Dunkel: Wissenschaftler haben das Verhalten und die Motive der Wählenden in zehn Kantonen so genau durchleuchtet wie noch nie.

VON GREGOR SALADIN

ILLUSTRATIONEN WALTER STÄHLI

Die Wahlforschung in unserem Land hatte im internationalen Vergleich einen beträchtlichen Rückstand. Das lag unter anderem daran, dass die politische Wissenschaft in der Schweiz die Wählenden immer als einheitliche nationale Gruppe untersuchte, wie der an der Studie beteiligte Genfer Professor Hanspeter Kriesi erklärt. Dabei gibt es eigentlich gar keine eidgenössischen Wahlen! Bei den Nationalratswahlen handelt es sich eher um eine Serie parallel stattfindender kantonaler Urnengänge. Denn die institutionellen Bedingungen und das Parteiensystem unterscheiden sich von einem Kanton zum anderen erheblich. Erstmals hat nun die Wahlanalyse SELECTS (Swiss Electoral Studies) diesem Umstand Rechnung getragen – in der grössten je in der Schweiz durchgeführten Wahlumfrage mit mehreren tausend Wahlberechtigten.

An die 20 Forscherinnen und Forscher der drei Universitäten Zürich, Genf und Bern haben an der Auswertung der riesigen Datenmenge mitgearbeitet. Geleitet wurde das Projekt von den Politologieprofessoren Hanspeter Kriesi (Genf), Ulrich Klöti (Zürich) und Wolf Linder (Bern).

Drei Typen von Kantonen

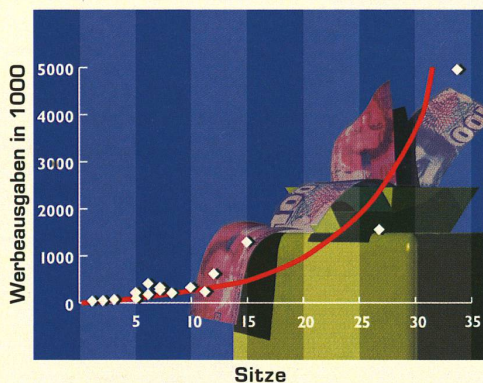
Der Witz von SELECTS bestand laut Kriesi darin, die Wahlen auf der Ebene der Kantone zu betrachten. Die Analyse erlaubte es, Unterschiede und auch Gemeinsamkeiten der Wahlkreise zu systematisieren. So gibt es bezüglich der Parteiensysteme – eines Faktors,

NATIONALRAT

Der Preis für einen Sitz

Ein Nationalratssitz kommt je nach Kanton unterschiedlich teuer zu stehen. Ausschlaggebend für die Wahlkampfkosten ist die Grösse des Kantons und damit die Zahl der zu vergebenden Sitze im Nationalrat.

Die Nationalratssitze reichen von einem einzigen in den kleinsten Kantonen bis zu 27 in Bern und 34 in Zürich. Die SELECTS-Forschenden fanden heraus, dass die Zahl der Kandidatinnen und Kandidaten ungefähr linear mit der Zahl der zu besetzenden Sitze ansteigt. Die Werbeausgaben und damit die Intensität des Wahlkampfes nehmen dagegen exponentiell zu.



Die Wahlkampfausgaben 1995 der Parteien lagen dementsprechend in Zürich mit fast fünf Millionen Franken am höchsten. In Bern, dem zweitgrössten Kanton, waren es 1,4 Millionen, etwa gleichviel wie im Aargau. In Kleinkantonen wie Glarus beliefen sich die Werbeausgaben auf nicht mehr als 11 000 Franken.

Generell stellten die Forschenden fest, dass in der Westschweiz deutlich weniger für den Wahlkampf ausgegeben wurde als in der Deutschschweiz. In der Waadt, dem bevölkerungs- und sitzmässig drittgrössten Kanton, gaben die Parteien für den Wahlkampf nur rund 260 000 Franken aus, im sechstgrössten Kanton Genf gerade noch rund 70 000 Franken. Das könnte darauf hindeuten, dass den nationalen Wahlen am Genfersee weniger Bedeutung beigemessen wird als der Besetzung von kantonalen Ämtern.

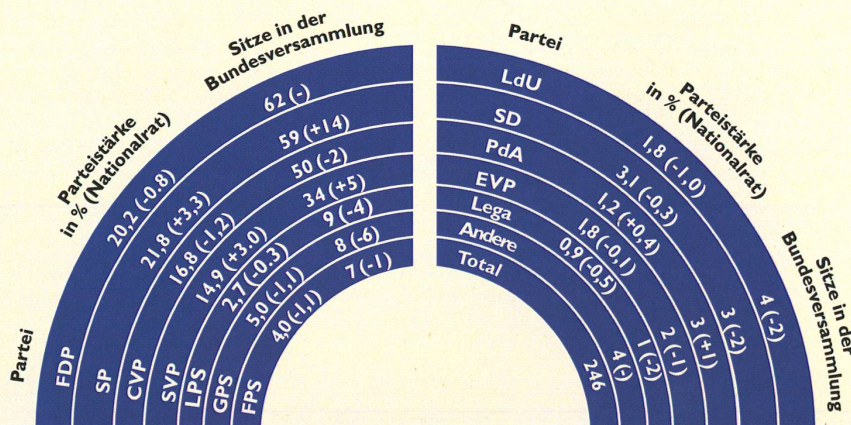
der auf die Wahl einen grossen Einfluss hat – folgende drei Typen von Kantonen:

- Die katholischen Kantone. In ihnen ist der religiöse Konflikt zwischen gläubigen Katholiken und den säkularisierten Teilen der Bevölkerung noch stark ausgeprägt. Er drückt sich politisch im Gegensatz zwischen den dominanten Christdemokraten und ihren traditionellen Gegenspielern, den Freisinnigen, aus. Die Stellung der Linksparteien ist schwach.
- Die konfessionell gemischten Kantone der Deutschschweiz. Sie weisen das komplexeste Parteiensystem auf. Das bürgerliche Lager wird von der SVP und der FDP angeführt. Ihnen steht eine starke SP gegenüber.
- Die konfessionell gemischten Kantone der französischsprachigen Schweiz. Dort ist der Klassenkonflikt bedeutend geblieben, was dazu führt, dass innerhalb der Linken die kommunistische Partei weiterhin eine Rolle spielt. Auch ist die Spaltung des Liberalismus in konservative Liberale und progressivere Freisinnige erhalten geblieben, während die SVP kaum wichtig ist.

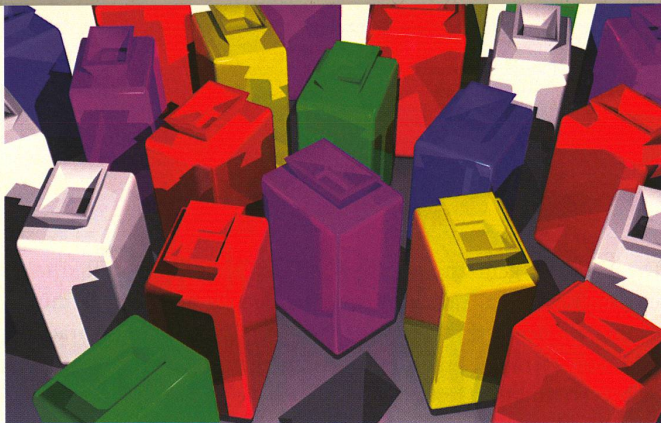
Parteien von innen betrachtet

Zu diesen Unterschieden im Parteiensystem kommen Differenzen innerhalb der Parteien selbst. In der Schweiz weisen die Parteien teilweise regional erhebliche Unterschiede auf. So wird in den Medien häufig von der Spaltung in einen Zürcher und einen Berner Flügel der SVP gesprochen. Die Analyse der kantonalen Parteiensysteme durch Ulrich Klöti zeigt nun aber, dass gerade die SVP eine Partei mit für schweizerische Verhältnisse geschlossener Wählerschaft ist.

Gemäss der Befragung vertreten SVP-Wählerinnen und -Wähler in der ganzen Schweiz praktisch dieselbe konservative Grundhaltung. Graduelle Unterschiede ergaben sich nur in der Frage eines EU-



Wahlen 1995 – die Resultate



Beitritts der Schweiz. Dieser Schritt wird zwar in allen Kantonen von einer grossen Mehrheit der SVP-Anhänger abgelehnt. In Bern können sich aber immerhin 26% von ihnen dafür erwärmen, während es in Zürich, wo EU-Gegner Christoph Blocher die Partei präsidiert, nur gerade 6% sind.

Auf der anderen Seite wird das Bild der SP als der am stärksten zentralisierten Partei der Schweiz relativiert. Gräben zeigten sich innerhalb der grössten Linkspartei sowohl zwischen den Sprachregionen wie auch zwischen der Parteileitung und der Basis.

In der Westschweiz ist die SP-Wählerschaft stärker traditionell sozialistisch orientiert. Sie ist bei aussenpolitischen Themen progressiver, dafür bei der Ordnungs- und Umweltpolitik konservativer als in anderen Kantonen. Auffallend war auch, dass sich die SP-Parteiverantwortlichen in fast allen Fragen radikaler äusserten als ihre Wählenden.

Die FDP ihrerseits weist drei Gruppen von Kantonalparteien auf. Die Hauptgruppe bilden die Parteien in den konfessionell gemischten Deutschschweizer Kantonen, die am ehesten mit den Positionen der FDP Schweiz übereinstimmen. Die Westschweizer Kantonalparteien sind dagegen für eine schnellere internationale Öffnung der Schweiz und für eine progressivere Sozialpolitik. Die dritte Gruppe wird von Sonderfällen gebildet, nämlich der Luzerner FDP, die konservativer ist als ihre Schwesterparteien, und den Tessiner Radikalen, die sozial progressiv sind, aber keine Öffnung der Schweiz wollen.

Das geschlossenste Bild bietet die vierte Regierungspartei, die CVP. Bei ihr halten sich die kantonalen Abweichungen in engen Grenzen.

Trend zu einem nationalen Parteiensystem

Zwischen den Kantonen bestehen im weiteren auch deutliche Unterschiede in der Wählerschaft. Darum ist nicht sicher, ob derselbe Urnengänger in einem anderen Kanton dieselbe Partei wählen würde wie in seinem Wohnsitzkanton – entweder weil dort das Angebot an Parteien anders ist oder weil die Kantonalpartei an einem anderen Ort weiter rechts oder links stehen würde als er selbst. Das zeigt sich beispielsweise daran, dass sich ein FDP-Wähler in der Waadt als weiter rechtsstehend einstuft als ein SVP-Wähler, während es in den Deutschschweizer Kantonen umgekehrt ist.

Eine dynamische Betrachtung der Resultate lässt aber den Schluss zu, dass sich bei zentralen Fragestellungen zunehmend gesamtschweizerisch klare Fronten zwischen den Parteien entwickeln, was zu einem nationalen Parteiensystem führen dürfte.

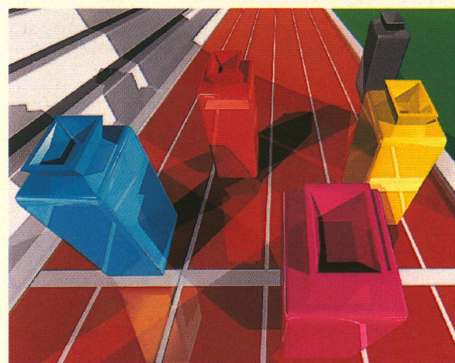
STÄNDERAT

Keine reinen Persönlichkeitswahlen

Erstmals konnte die SELECTS-Studie parallel zu den Nationalratswahlen in zehn Kantonen die gleichzeitig stattfindenden Ständeratswahlen untersuchen.

Die Ständeratswahlen sind, so lautet eine wichtige Erkenntnis, nicht wie allgemein angenommen reine Persönlichkeitswahlen, bei denen die Parteizugehörigkeit eine vergleichsweise geringe Rolle spielt. Die Wählerinnen und Wähler treffen in erster Linie Entscheide für Kandidatinnen und Kandidaten ihrer bevorzugten Partei. «Die Schweizer neigen dazu, wechselnde Persönlichkeiten der immergleichen Parteien in den Ständerat zu wählen», hält Kriesi dazu als Fazit fest.

Überraschend gross ist nach seinen Erkenntnissen die Zahl jener Urnengänger, die strategisch wählen. Nur etwas weniger als die Hälfte der Schweizer Wählerinnen und Wähler setzte näm-



lich jene beiden Kandidaten oder Kandidatinnen auf den Wahlzettel, die ihnen am sympathischsten waren. Etwas mehr als ein Drittel füllte dagegen nur eine von zwei Zeilen aus.

Und rund ein Sechstel der Wähler vergaben eine oder beide Stimmen an Bewerber, die sie eigentlich nicht bevorzugten. Dies hat laut Kriesi zwei Gründe. Entweder wurde aus Parteiloyalität ein Kandidat der eigenen Partei gewählt, obwohl er einem nicht besonders sympathisch war. Oder ein bevorzugter Kandidat wurde nicht auf den Wahlzettel gesetzt, weil er in der Einschätzung des Wählenden keine Chancen hatte und er darum aus den übrigen Kandidatinnen und Kandidaten gewissermassen das kleinste Übel wählte.

DIE SELECT-STUDIE

7500 Interviews in 3 Wochen

SELECTS (Swiss Electoral Studies) ist eine bahnbrechende Studie zu den eidgenössischen Wahlen 1995. Das breitgefächerte Projekt trug erstmals der Tatsache Rechnung, dass sich die kantonalen Kontexte bei nationalen Wahlen stark unterscheiden. Die Analysen basieren nicht nur auf einer repräsentativen Stichprobe der Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, sondern auch auf entsprechenden Stichproben für zehn Kantone (Zürich, Bern, Waadt, Aargau, Genf, Luzern, Tessin, Wallis, Schaffhausen und Glarus). Insgesamt wurden rund 7500 Interviews in den drei Wochen nach den Wahlen vom 22. Oktober 1995 durchgeführt – die aufwendigste je vom Nationalfonds in den Sozialwissenschaften finanzierte Umfrage.



Das Forschungsprojekt wurde von den politikwissenschaftlichen Instituten der Universitäten Bern, Genf und Zürich durchgeführt. Es hatte drei zentrale Ziele: nämlich den Rückstand der Schweizer Wahlforschung gegenüber anderen europäischen Ländern aufzuholen, eine vergleichende Analyse der Wahlen in den Kantonen zu verfassen und einen internationalen Vergleich der eidgenössischen Wahlen zu erarbeiten. Wenn möglich, soll, auf die Ergebnisse von SELECTS aufbauend, für die Wahlen von 1999 ein ähnliches Projekt lanciert werden.

Der dokumentierte Datensatz der Untersuchung ist im Schweizerischen Informations- und Datenarchivdienst SIDOS in Neuenburg archiviert und der Allgemeinheit zugänglich. Die umfassende Analyse der Wahlen (rund 300 Druckseiten) soll im Frühling in deutscher Sprache als Buch erscheinen: Hanspeter Kriesi, Wolf Linder und Ulrich Klöti (Hrsg.): Die Schweizer Wahlen 1995. Ergebnisse der Wahlstudie SELECTS. Bern: Paul Haupt. 48 Franken.

Die Tendenz geht zu einer Vereinheitlichung der Konfliktlinien in allen Kantonen. Laut Klöti scheidet sich die Schweiz fast durchgängig an der zentralen Wertfrage, ob sie am althergebrachten Bild von Heimat, Tradition, Unabhängigkeit und militärischer Selbstverteidigung festhalten oder ob sie eine Erneuerung und Öffnung anstreben will.

Die beiden grössten Gewinner der Wahlen 1995, die SP und die SVP, konnten im übrigen davon profitieren, dass sie genau diese Frage in den Vordergrund stellten. Wolf Linder kommt zum Schluss, dass sie einen Grossteil ihres Sieges ihrer europafreundlichen respektive -gegnerischen Profilierung verdanken. FDP und CVP dagegen hielten sich im Wahlkampf mit Aussagen zur Europafrage zurück. Während die CVP aufgrund ihrer in diesem Punkt heterogenen Wählerschaft recht damit tat, hätte die FDP mit einer integrationsfreundlicheren Haltung wohl mehr Stimmen machen können – denn ihre Basis ist europafreundlicher als ihre Parteiführung.

Es gibt sie doch, die nationalen Wahlen

Die Dialektik der Wissenschaft führte die Forschenden am Ende zu einer Relativierung der Ausgangsthese: Es gibt sie doch, die nationalen Wahlen in der Schweiz. Sie zeichnen sich aber sowohl durch nationale Gemeinsamkeiten als auch durch kantonale und regionale Besonderheiten aus.

Ein internationaler Vergleich zeigt im übrigen, dass die Schweiz mit der Heterogenität der kantonalen Wahlkontexte kein Sonderfall ist. In anderen europäischen Ländern wie Spanien, Italien, Deutschland oder Belgien ist das Wahlumfeld in verschiedenen Regionen des Landes ebenso unterschiedlich wie in der Schweiz. Auch dort kann von national einheitlichen Wahlen kaum gesprochen werden.

PARTEIBINDUNG

Wie der Vater, so die Tochter

Die Schweizer Wählerschaft ist auf eine eigenartige Weise konservativ: Die Prägung durch das Elternhaus spielt bei den Wählerinnen und Wählern aller Regierungsparteien eine grosse Rolle. 49 Prozent der CVP- und 37 Prozent der FDP-Wähler gaben an, dass ihr Vater gleich gewählt hatte wie sie selbst. Bei der SP und der SVP waren es mit jeweils 26 Prozent immer noch über ein Viertel, deren Parteibindung mit jener der Eltern übereinstimmte.

Während die politische Tradition eine Rolle bei den Wahlen spielt, ist dies beim Einkommen nicht der Fall. Arme, auch solche in prekären materiellen Verhältnissen, wählen nicht signifikant anders als die anderen Wahlberechtigten. Dieser Befund betrifft allerdings in der Schweiz nur einen Teil der demokratischen Willensäusserung. Noch nicht analysiert worden ist die Frage, ob das Einkommen nicht bei den Sachabstimmungen eine Rolle spielt.